



Niederschrift

57. Plenarsitzung Gemeinderat (DHH-Beratungen 2019/20)
20. November 2018, 9 Uhr und
21. November 2018, 9 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

(...)

Antrag Nr. 18 (S. 118): Streichung der Gewinnausschüttung der VoWo an die Stadt (SPD)

Antrag Nr. 19 (S. 118): Volkswohnung GmbH (GRÜNE)

Antrag Nr. 20 (S. 118): Ausgleichszahlung aus Volkswohnung (FDP)

Stadtrat Pfalzgraf (SPD): Wir halten die Gewinnabschöpfung der Volkswohnung für eine falsche Entscheidung, oder wir werden dem nicht zustimmen, sagen wir es mal so. Der Vergleich mit anderen Gesellschaften, was Gleichbehandlung betrifft, trifft unserer Meinung in diesem Fall nicht zu, weil die Volkswohnung einen besonderen Auftrag hat. Sie hat einen sozialen Auftrag und ist deshalb nicht vergleichbar mit den anderen Gesellschaften, und es ist auch festzustellen, dass mittel- bis langfristig die Gewinne der Volkswohnung rückläufig sein werden. Wir stellen fest, dass die Konversionsgesellschaften zwangsläufig so ziemlich ans Ende ihrer Aktivitäten kommen, ganz einfach deshalb, weil die Gelände verkauft sind. Cité entwickelt sich inzwischen fast von selbst ab, und für die KGK ist es auch nur eine Frage der Zeit, wann die Gewinne nicht mehr so sprudeln werden. Dann muss man dazu sagen, dass die Volkswohnung derzeit ein Programm mit über 350 Wohnungen plus Sanierungen aufliegen hat, das bedeutet also ein riesen Programm, und dazu braucht die Volkswohnung auch ein Polster für die Zukunft. Die Volkswohnung schafft nicht nur Wohnungen, sie schafft auch bezahlbare Wohnungen, und das ist auch der entscheidende Faktor. Um auch in Zukunft bezahlbare Wohnungen schaffen zu können, braucht man einen sicheren Blick in die Zukunft, und dazu gehört auch ein sicheres finanzielles Polster. Deshalb lehnen wir eine Gewinnabführung von 2,5 Millionen Euro ab.

Der Vorsitzende: Wir haben es hier mit insgesamt drei Anträgen zu tun.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Die GRÜNEN stehen zur Volkswohnung und zur gemeinschaftlichen Aufgabe, weiterhin bezahlbaren Wohnraum in Karlsruhe zu errichten und zu erhalten. Jegliche Aktivitäten, die sich diesem Gesellschaftszweck entgegenstellen, lehnen wir kategorisch ab. Aus diesem Grund sagen wir Nein zur Gewinnabführung an die Stadtkasse.

Stadtrat Jooß (FDP): Auch wir lehnen den Antrag ab. Wir wissen alle, die Volkswohnung ist das Ei des Mietregulativs in Karlsruhe, an dem richten sich viele Preise aus, und von da-

her dürfen wir die Volkswohnung nicht schwächen. Sie braucht riesige Investitionssummen, Hans Pfalzgraf hat es schon gesagt, und braucht dazu das nötige Eigenkapital. Deswegen sind wir gegen die Streichung und schließen uns hier der Mehrheit an.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Dem ist bei der CDU-Fraktion nicht so, weil wir das Ziel der Volkswohnung nicht aus den Augen verlieren. Sie soll alles reißen, um künftig Wohnraum zu schaffen, natürlich auch bezahlbaren. Das ist unser einziges Steuerungsinstrument, aber die Volkswohnung ist nun mal eine Gesellschaft der Stadt, die sicherlich auf der Grundlage der Stadt schon sehr viel profitiert hat, ich denke hier nur an die Grundstücke, die hier bewirtschaftet und bebaut werden. Von daher ist es im Sinne dessen, was ich am Anfang gesagt habe. Ich finde bei der Haushaltsstabilisierung absolut korrekt, dass man die Volkswohnung auch heranzieht, wenn es um Beiträge für den Haushalt der Stadt geht. Man darf natürlich auch nicht übersehen, dass die Volkswohnung ihre Aufgaben in perfekter Weise derzeit erfüllen kann. Es fehlt dort an keinem Cent, und es macht keinen Sinn, dort Geld zu horten wie bei einer Bank. Ich sage aber auch, sollte es irgendwann einmal der Fall sein, dass die Volkswohnung diesem überragenden Ziel nicht gerecht werden kann, dann muss die Stadt auch wieder umgekehrt Beiträge zurückgeben. Ich denke, das ist nur in Ordnung. Die Volkswohnung ist wirtschaftlich perfekt aufgestellt, auch für die Zukunft, auch wenn wir diese Gewinnausschüttung durchführen.

Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe): Die Volkswohnung ist gesund, und wenn wir jetzt der Volkswohnung das Geld lassen, dann machen die nicht mehr, sondern wir nehmen dem Kernhaushalt das Geld weg, das heißt, wir müssen es hier wieder einsparen. Da ist die Frage, warum machen wir das dann? Deswegen, auch der Gerechtigkeit Willen, denn von unseren Stadtwerken verlangen wir seit ewiger Zeit, dass diese Gewinnabführung erfolgt, und das ist bei der Innenfinanzierung der Stadtwerke deutlich schwieriger als bei der Volkswohnung. Die Volkswohnung hat Eigenkapital und ist gut aufgestellt, die kann leicht Kredite aufnehmen und ist in keiner Weise eingeschränkt. Deswegen ist der Antrag nicht nachzuvollziehen, nicht inhaltlich noch sachlich gerechtfertigt, deshalb lehnen wir ihn ab.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Die Linken unterstützen diesen Antrag auch, wir möchten, dass diese Mittel bei der Volkswohnung bleiben, allerdings möchten wir auch, dass der Gemeinderat sich dafür einsetzt und die Stadt, dass die Volkswohnung bezahlbaren Wohnraum schafft.

Stadtrat Pfalzgraf (SPD): Nachdem keiner der Nachredner mich berichtigt hat, lässt mein Stolz es nicht zu, und deshalb werde ich die Zahlen jetzt richtig nennen. Es sind nämlich über 1.300 geplante Wohnungen, für über 350 Millionen Euro. Deshalb glaube ich, ist unser Vorschlag richtig, auf die Gewinnabführung zu verzichten. An diesen Zahlen erkennt man, was die Volkswohnung leistet und was sie dazu für ein finanzielles Polster, auch in Zukunft braucht.

Der Vorsitzende: Lieber Herr Pfalzgraf, genau deswegen ist es nicht richtig, weil in der Wirtschaftsplanung all dies möglich ist, und trotzdem die 2,5 Millionen Gewinnausschüttung erfolgen können, das heißt, alles, was hier an Erwartungen an die Volkswohnung formuliert wurde, deckt sich übrigens hundertprozentig mit dem, was die Stadt mit der Volkswohnung auch vor hat und was wir auch im Aufsichtsrat beschließen und begleiten. Sie wissen, dass der limitierende Faktor nicht die Finanzausstattung der Volkswohnung ist, sondern das hat etwas mit Flächen und anderen Umständen zu tun. Es gibt eine im Auf-

sichtsrat abgestimmte Prozentquote, die noch mal festlegt, dass die Volkswohnung deutlich über unsere dreißig Prozent hinaus hier preisgünstigen Wohnraum schafft und man dennoch nicht auf hundert Prozent geht, weil wir nach wie vor von einer vernünftigen Durchmischung ausgehen. Die Ängste, die hier ein bisschen geschürt werden, dass die Volkswohnung ihrem Auftrag irgendwie nicht nachkommen könnte, wenn man jetzt diese 2,5 Millionen Euro Gewinn ausschüttet, bei einem Stammkapital von 37 Millionen und einem Eigenkapital von 187 Millionen, 150 Millionen Gewinnrücklagen und Jahresüberschüssen, die muss ich einfach hier deutlich bestreiten. Sie stellen hier etwas dar, was mit den 2,5 Millionen Euro nicht gefährdet ist, was unser gemeinsames Agreement ist, für was wir die Volkswohnung auch einsetzen wollen, und versuchen jetzt eine Ablehnung zu organisieren, die allenfalls Symbolcharakter hat, die aber weder der Volkswohnung mehr Spielraum gibt, noch uns an der Stelle einen Beitrag für den Gesamthaushalt abfließen lässt. Insofern kann ich nur dringend empfehlen, dass Sie diesen Antrag hier ablehnen.

Ich habe es jetzt so verstanden, dass wir alle Anträge gemeinsam aufrufen können, in einem Antrag wird schon für 2019 ein Verzicht gefordert, das ist, glaube ich der FDP-Antrag. Ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass es erst in 2020 gilt, insofern kann es auch nur dann greifen.

Ich rufe jetzt diese drei Anträge gemeinsam zur Abstimmung auf und bitte um Ihr Votum.- Das ist eine deutliche **Mehrheit** für diese drei Anträge.

Wir kommen damit auf der Seite 119 zu einem Hinweis von mir, dass wir in der ersten Veränderungsliste der Konzessionsabgabe der Stadtwerke Karlsruhe aufgenommen haben, das war seinerzeit bei der Aufstellung des Haushaltes vermutlich noch nicht ganz spruchreif.

(...)